Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Zeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 257 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch den 2. November 1932

Miliz oder Berufsheer?

Daran, daß die Abrüstungskonferenz praktisch festgefahren ist — übrigens auch ohne die deutsche Weigerung an ihr teilzunehmen —, zweifelte wohl kaum noch irgendein Mensch. Nicht einmal die Staatsmänner glaubten daran, den Karren wieder vorwärts zu kriegen, wenn dieser nicht ganz gehörig entlastet wird. Das geschieht jetzt der Idee und Absicht nach mit dem „konstruktiven" Plan Herriots, und man darf hinsichtlich der vielberufenen deutschen Gleichberechtigung etwa sagen, daß der Herriot-Plan uns in gewisser Beziehung diese Gleichberechtigung zugestehen soll, nämlich in der der Heeresorganisation. Der französische Ministerpräsident sprach von einer „Verallgemeinerung der Herabsetzung der kurzfristigen Dienstpflicht für die im Mutterland stehenden Streitkräfte", wobei die Bedingung zu erfüllen sei, daß „alle Formationen, die dieser Heeresorganisation zuwiderlaufen, wie die Reichswehr, aufzulösen seien".

Daß Herriot hierbei gerade die Reichswehr erwähnte, hat auch noch seinen besonderen Grund außerdem an sich schon auf der Hand liegenden. Man bezeichnet unsere Reichswehr als „Berufs"-Heer und hat — wegen der zwölfjährigen Dienstzeit — damit auch nicht ganz unrecht. Wenn man aber in Frankreich außerdem von einem „Kaderheer" sprach, das also im Ernstfall durch Auffüllung mit ausgebildeten Mannschaften zu einem Volksheer gemacht werden würde, so ist dem nicht nur entgegenzustellen, daß diese ausgebildeten Mannschaften überhaupt nicht da sind, und andererseits, daß man uns ja dieses „Berufs"- oder „Kader"-Heer im Versailler Vertrag einfach befohlen hat. Damals waren die französischen Generale durchaus dafür, daß Deutschland eine gewisse, natürlich zahlenmäßig sehr begrenzte „allgemeine" Wehrpflicht beibehalten sollte, wobei allerdings die Bewaffnung nicht über die in Versailles gezogenen Grenzen hinausgehen sollte. Denn man stand damals auf dem Standpunkt, daß für den modernen Krieg wirklich ausgebildete Soldaten zu erhalten eine kurze Dienstzeit kaum genügen würde, daß also ein Berufsheer doch wohl eine größere Gefahr bedeute. Ausgerechnet der „Zivilist" Lloyd George war es, der in Versailles demgegenüber das Berufsheer für Deutschland durchsetzte und dann war es eine fast naturgemäße Folge, daß schon 1920 die Reichswehr von 200 000 Mann auf die Hälfte herabgesetzt werden mußte. Jedenfalls erhielt Deutschland ein Berufsheer nach englischem Muster, obwohl man sich doch eigentlich darüber hätte klar sein müssen, daß die englischen „soldiers" in der Hauptsache für ganz andere Zwecke als für die Verteidigung des Mutterlandes bestimmt sind.

Offenbar hält Herriot heute wieder die Einführung eines „Miliz"-Systems in Deutschland für viel weniger gefährlich als das Bestehen der Reichswehr, obwohl damit die Zahl der für den Krieg zwar nicht ausgebildeten, aber „angelernten" Mannschaften auch dann steigen würde, wenn der zahlenmäßige Umfang der Miliz verhältnismäßig klein wäre. Denn diese Art der militärischen Ausbildung selbst schon macht der Miliz den Angriffskrieg heute noch unmöglicher als früher, und zwar nicht bloß deswegen, weil der ganze Zweck des Milizheeres nur auf die Landesverteidigung gerichtet sein will. Berufsmäßig dabei tätig müßte eine Art Gerippe sein, das Ausbildungs- und Führerpersonal also, das etwa nach schweizerischem Muster den zur Dienstpflicht eingezogenen und später zu Übungen herangeholten Mannschaften kaum mehr als die Anfänge moderner militärischer Kenntnisse beibringen könnte.

Nur in einem, allerdings möchte man sagen: an sich „unmilitärischen" Punkte, wäre das Milizsystem dem Berufsheer vorzuziehen. Die Miliz verkörpert wenigstens etwas, wenigstens als Stückwerk den Gedanken der Wehrpflicht des Staatsbürgers. In der Entwicklung vom Berufsheer zum Volksheer ging das Milizsystem diesem letzteren voraus. Das heute militärisch Zweckmäßige wird davon aber nicht berührt, auch nicht — und darüber hat Herriot bezeichnenderweise vorläufig gar nichts gesagt —, wie es denn eigentlich mit der Frage der Bewaffnung steht! Auch für einen modernen Defensivkrieg ist das letzten Endes entscheidend, besonders für Deutschland, wo man ja mit größtem Raffinement alle Verteidigungsmöglichkeiten bis auf zwei Dutzend Kanonen mittleren Kalibers restlos hat zerstören lassen.

Man hat uns die Reichswehr aufgedrängt und es ist unmöglich, daß man sie nun einfach beseitigen will, ehe das Milizsystem für einen auch nur einigermaßen ausreichenden Ersatz sorgen könnte. Frankreich selbst erklärt ja, daß es einen derartig radikalen Umbau seiner Wehrmacht, wie ihn Herriot „grundsätzlich" vorschlägt, sofort durchzuführen gar nicht imstande wäre — obwohl es doch Millionen ausgebildeter Reserven besitzt. Wir können das noch viel weniger, und die anderen Länder mit Berufsheeren und allgemeiner Dienstpflicht dürften sich auch weigern, sofort den Umbau zu vollziehen. Herriots Plan gelangt mit allen Einzelheiten jetzt vor das Büro der Abrüstungskonferenz und damit vor deren Arbeitsausschuß. Erst dann wird man sagen können, ob und wie sich ein praktischer Weg aus dem Labyrinth findet, in dem die Konferenz sich verirrt hat.

Die neuen Wirtschaftswege.

Vor einer neuen Getreidepreisstützung.

Kontingentierung der Anbaufläche?

Das Reichskabinett wird sich in seiner nächsten Sitzung mit Maßnahmen zur Regulierung der Getreidepreise befassen. Diese Frage ist durch die diesjährige Rekordernte und die damit verbundenen Absatzschwierigkeiten aufgeworfen worden. Da Deutschland heute auch hinsichtlich des Weizens Selbstversorger geworden ist, dürften sich die Maßnahmen der Reichsregierung sowohl auf Roggen als auch auf Weizen erstrecken. Mit neuen Zollmaßnahmen ist der Weizenpreisfrage jedenfalls nicht mehr beizukommen. Die Entwicklung der Weizenpreise ist seit einiger Zeit rückläufig, wenn auch beispielsweise am letzten Sonnabend die Notierungen wieder etwas günstiger waren. Die Reichsregierung dürfte aus der veränderten Gesamtlage die notwendigen Folgen ziehen. Über die Maßnahmen, die geplant sind, werden mannigfache Vermutungen geäußert, ohne daß sich bisher bestimmte Anhaltspunkte ergeben. Als Gerücht sei verzeichnet, daß die Reichsregierung eine gewisse Kontingentierung, also Begrenzung der Getreideanbaufläche, ins Auge gefaßt haben soll.

Im Reichskabinett wird weiter die Frage der Gehälter der leitenden Persönlichkeiten der staatlich unterstützten Betriebe erörtert. Die Grundlage der Aussprache im Kabinett ist eine nach langwierigen Verhandlungen zustandegekommene Vorlage, in der der Begriff des subventionierten Betriebes — soweit er für die Gehaltskürzung maßgebend sein soll — klargelegt wird. Diejenigen Betriebe, an denen das Reich nur in geringerem Umfange beteiligt ist, werden von den kommenden Maßnahmen der Reichsregierung nicht betroffen. Dagegen dürften die Gehälter der leitenden Persönlichkeiten in den übrigen Betrieben voraussichtlich eine nicht unbeträchtliche Kürzung erfahren.

*

Der Beginn der Milliardenemission.

Die erste Notierung der Steuergutscheine.

Die erste Notierung der Steuergutscheine gestaltete sich zu einem Ereignis der Berliner Börse. Zahlreiche Interessenten und Schaulustige umlagerten die Maklerschranke, in der die Kurse für die zukünftige Milliardenemission festgestellt wurden. Die Notiz für die 1934 fälligen Gutscheine wurde mit 90¼, für die 1935 fälligen mit 85, für die 1936 fälligen mit 80, für die 1937 fälligen mit 75½ und für die 1938 fälligen mit 71 Prozent festgesetzt. Der Gesamtumsatz betrug etwa dreiviertel Millionen Mark, die hauptsächlich auf die 1934er Emissionen entfielen.

*

Warum deutsche Kontingentspolitik?

Die Handelsschranken der anderen Länder.

In dem vorbereitenden Wirtschaftsausschuß für die Londoner Konferenz wurde die Frage der Aus- und Einfuhrverbote, Handelshemmnisse und Kontingente erörtert. Ministerialdirektor Posse, der Vertreter Deutschlands, legte in einer längeren Rede die Richtlinien der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik der letzten Zeit dar und hob besonders die außerordentliche Verschuldung der deutschen Industrie hervor, die heute in hohem Maße auf die Ausfuhr angewiesen sei. Posse verwies gleichzeitig auf die großen Schwierigkeiten, die der deutschen Ausfuhr wegen der Zollpolitik und der Handelsschranken der anderen Länder entgegenstehen. Die deutsche Kontingentierungspolitik erkläre sich als eine zwangsläufige Folge der von den anderen Ländern verfolgten Handels- und Zollpolitik. Die deutsche Regierung könne von ihrer Kontingentierungspolitik nur dann abgehen, wenn sich auch die anderen Länder zur Aufgabe der bisherigen Handelsschranken und Zollschutzmaßnahmen bereit fänden.

*

Bisher keine Einigung mit Dänemark.

Abschluß der deutsch-dänischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die in Kopenhagen zwischen einer deutschen Regierungsabordnung und Vertretern der dänischen Regierung und Landwirtschaft geführten Wirtschaftsbesprechungen sind abgeschlossen worden. In der gemeinsam herausgegebenen Mitteilung heißt es: „Die deutsche Abordnung hat die Absicht ihrer Regierung über die Kontingentierung der Einfuhr von Schlachtvieh, Schmalz und Käse dargelegt. Die dänischen Vertreter haben in eingehender Aussprache ihre grundsätzlichen Bedenken sowohl gegen die Kontingentierung überhaupt als auch insbesondere hinsichtlich der vorgenannten Waren mitgeteilt. Die deutsche Abordnung wird ihrer Regierung über den Verlauf und das Ergebnis dieser Aussprache Bericht erstatten." Die deutsche Abordnung unter Führung von Ministerialrat Dr. Walter wird nach Berlin zurückkehren. Eine Einigung ist also nicht erzielt worden.

Deutschlands Auslandsverschuldung.

Im Vorbereitenden Genfer Finanzausschuß für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz wies der deutsche Vertreter, Fogge, auf die besondere Lage der deutschen kurzfristigen Auslandsverschuldungen hin. Die Haltung der deutschen Auslandsgläubiger habe die deutsche Regierung zur Einführung der Devisenbewirtschaftung gezwungen, jedoch handele es sich hierbei um eine Notmaßnahme, die durch stabile Maßnahmen ersetzt werden müsse. Eine Aufhebung der Devisenbewirtschaftung könne jedoch nur erfolgen, wenn die Ursachen für die Devisenkontrolle wegfallen und diese Ursachen nicht wieder eintreten. An die Stelle der kurzfristigen Auslandsverschuldungen müsse jetzt ein Dauerzustand treten.

Neuer Vorstoß Bayerns gegen das Reich?

Reich, Bayern und Württemberg.

Nach dem Verlauf des Kanzlerbesuches in München herrschte in der Öffentlichkeit die Meinung, daß die Gegensätze zwischen Bayern und dem Reich abgemildert seien. Zur allgemeinen Überraschung hat nun der bayerische Ministerpräsident Dr. Held in einer Wahlversammlung des Zentrums in Stuttgart Äußerungen gegen die Regierung Papen gemacht, die ein völlig verändertes Bild des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen ergeben. Obwohl der Staatsgerichtshof die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen bestätigt hat, behauptete Dr. Held, die Bestellung des Reichskommissars sei verfassungswidrig und er machte der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie sich mit Gewalt gegen das Urteil von Leipzig durchsetzen wolle. Er, Held, habe den Glauben an das Kabinett Papen verloren und sei schwer enttäuscht.

Ob diese Ausführungen nun tatsächlich die Absicht enthalten, von neuem einen Vorstoß gegen das Reich zu unternehmen oder ob nur die Wahlversammlung den bayerischen Ministerpräsidenten diese Äußerungen als angebracht erscheinen ließen, steht noch nicht fest. Die Reichsregierung hat sich mit der Rede bereits beschäftigt und es ist wahrscheinlich, daß von Berlin aus eine Antwort erfolgen wird. Inzwischen bemüht sich der Vertreter der Reichsregierung bei den süddeutschen Staaten, Freiherr von Lersner, eine Klärung der Lage durch Besuche bei den verantwortlichen Stellen herbeizuführen.

So stattete der Beauftragte der Reichsregierung, Freiherr von Lersner, dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz einen Besuch ab. Über den Inhalt der Besprechung wurde kein amtlicher Bericht veröffentlicht.

Zwischen Freiherrn von Lersner und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, der auf zwei Wahlversammlungen der Zentrumspartei in Stuttgart sprach, hat keine Unterredung stattgefunden, da Dr. Held erst gegen Abend in Stuttgart eintraf, nachdem Freiherr von Lersner bereits wieder nach München zurückgereist war.

Aus der Tatsache, daß in Stuttgart eine Zusammenkunft zwischen dem Reichsbeauftragten und dem bayerischen Ministerpräsidenten nicht stattgefunden hat, ist vielfach versucht worden, ein Politikum zu machen, indem behauptet wurde, die Stuttgater Konferenz zwischen Lersner, Held und Bolz sei gescheitert. Von zuständiger Stelle wird hierzu erklärt, daß eine Konferenz in Stuttgart überhaupt niegeplant gewesen sei.

Herriot beklagt sich wegen schlechter Behandlung durch die deutsche Presse.

Madrid, 1. November. Auf einem Presse-Empfang in der französischen Botschaft am Dienstag, zu dem auch die Auslandspresse eingeladen war, wies Herriot alle Vermutungen über den Zweck seiner Reise zurück. Er bemerkte dabei, daß er von der deutschen Presse trotz seiner Aufrichtigkeit schlecht behandelt würde. Auf die Zwischenbemerkung eines spanischen Pressevertreters, daß doch bei der Reise der Gedanke an ein Bündnis Frankreichs mit Spanien naheliege, antwortete Herriot, daß kein Mensch das Recht habe, an dem Wort eines französischen Ministerpräsidenten zu zweifeln. Er sei als Freund der spanischen Demokratie in Madrid und wolle Spanien nicht in Konflikte bringen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF